

Anlage 1**ggf. Mehrfachantworten**

Was hat besonders Mühe gemacht? (1.2.)	Anz.
Zusätzlicher Zeitaufwand in zusätzlichen Ausschüssen und Sitzungen mit Ergebnis der großen Umstrukturierung, enorme Belastung aller Beteiligten, Terminfindung	10
Zeitdruck, die zu späte Übermittlung der endgültigen Zahlen bzw. Berechnungsgrundlagen, insbesondere bei einigen KK (Militärkirchengemeinden oder viele kl. Kapellen- u. Kirchengemeinden)	8
hohe Einsparsumme, Kürzungen, Stellenabbau im Diakoniebereich, überschreiten der Schmerzgrenze durch Schaffung eigener Finanzierungsmodelle verhindert	8
Ein vergleichbares Raster für die Darstellung der Grundstandards zu finden.	
Grundstandards	
neue Personen in den Gremien	
Die Vorgaben im Kirchenkreistag zu vermitteln.	
Die Veränderungen in der Landeskirche durchzusetzen.	
Beratungsprozess im Kirchenkreis	
Die Beratungen der Konzepte zu den Grundstandards und die Koordination in verschiedenen Gremien.	
Die für uns unklaren Anforderungen an die Konzepte. Die Grundstandards wurden erst veröffentlicht, als wir schon lange unterwegs waren. Sie haben manches von der fruchtbaren Freiheit der eigene Reflektion im KK wieder genommen.	
Das zeitliche Zusammentreffen mit der KKT-Neubildung, der Neubesetzung der Ausschussmitglieder und die Einarbeitung der neuen Mitglieder in die komplexe Materie.	
Das Zusammentreffen und Angleichen von "Bausteinen", wenn mehrere Teilbereiche eines Grundstandards bearbeitet hatten.	
Die einzelnen Planungsbereiche/Regionen unter einen "Hut" zu bekommen.	
Menschen zu gewinnen, die über den eigenen Horizont hinaus sich mehr als Gedanken machen.	
Der Grundstandard "Bildung" sollte um "kirchliche Kulturarbeit" erweitert werden - die Zuordnung zur "Kirchenmusik" wirkt reduzierend, Bildung und Kultur gehören zusammen!	
Vermittlung von Prozess und Ergebnis im KKT mit wenigen Versammlungen	
Die Handhabung / Anwendung des Vordruckes "Planung der Stellen und der Personalausgaben"	
Klärung des methodischen Vorgehens	
Entwicklung eines Stellenrahmenplanes mit Stellenplanungsausschuss und KKV, die gerade erst neu zusammengesetzt waren.	
Probleme bei den internen Abstimmungen im LKA.	
Die Entwicklung der Grundstandards und die Stelleplanung mussten angesichts des Zeitdrucks nebeneinander statt nacheinander verlaufen.	
Strukturveränderungen	
Die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten	
Mein 1. Amtsjahr war ein ungünstiger Zeitraum.	
Interne Planungsprozesse rechtzeitig aufeinander abzustimmen	
Eine Grundlage für die Grundstandards zu finden.	
Die Dokumentation der Planungsziele und deren Verschriftlichung	
Die Gemeindeglieder mitzunehmen!	
Die Verknüpfung von Zielbeschreibung der GS mit dem Stellenplan.	
Die Finanzvorgaben haben dem KK keinen Gestaltungsspielraum gegeben. Die Rahmenbedingungen sind zu problematisch.	
Gleichzeitigkeit von Sparprozess, Stellenplanung, FAG-Einführung und Mitarbeiterkürzung (bei der Einarbeitung)	
Wir haben uns die Mühe gemacht, das FAG nicht nur im Finanzausschuss zu beraten. Damit möglichst viele Mitglieder des KKT beteiligt waren, waren alle Ausschüsse des KKT beteiligt.	
Unklarheiten im Prozess erkennen und kommunizieren	
Nicht zu wissen, wie Form und Inhalt "bewirkt" werden, was "geht" und was "nicht geht".	
kurzer Zeitraum, andererseits: dadurch entstandene Beschleunigung ohne "Extraschleifen"	
Grundstandards zu erstellen ohne zu wissen, worauf Wert gelegt wird	
Das Erstellen der Konzepte zu den GS (d.h. die Verschriftlichung)	
Mehrheitsfähigkeit in der Stellenrahmenplanung	
Die Vermittlung der Ziele des Planungsprozesses in die zahlreichen Ausschüsse hinein.	
Einen geordneten Prozess zu entwickeln, in dem die Eckdaten für den Finanzbedarf von Bau-, Sach-, Verwaltungs- und Stellenfinanzierung, Gemeindefinanzierung und Bedarfe für die Grundstandards festgelegten Personalmittel vorverhandelt werden, war ein Kommunikationskunststück	
Eine Transparenz der Diskussionsprozesse im Rahmen der kirchlichen Gremien herzustellen. Aber das lag wohl an dem grundsätzlich neuen Anspruch der lokal verantworteten Stellenplanung.	
Zusammenführung und Koordination der verschiedenen Konzepte zu den GS	

GS sind im Prinzip sinnvoll, viele Fälle sind aber gegeben und die Möglichkeit der Veränderung ist nur begrenzt.	
LKA nicht ganz auf der Höhe des Verfahrens.	
Koordination der GS	
Überzeugungsarbeit in den Gemeinden	
Überzeugungsarbeit an der Basis	
Es fehlte eine klare Perspektive, wie der finanzielle Rahmen ab 2013 voraussichtlich aussieht! Eine deutliche Tendenz wäre hilfreich gewesen.	
Interne Abstimmungsprozesse im LKA waren mitunter problematisch.	
Die durch das FAG bedingten hohen Einsparungen im Süden der LK umzusetzen.	
Kommunikation organisieren, breite Beteiligung sicherstellen	
Die Erstellung der GS war aufwändig; hat sich aber als Erkenntnisprozess gelohnt.	
Einbeziehung aller relevanten Personen, Gruppen, Ausschüsse, Gremien	
keine Offenheit	
die Schwerfälligkeit der Gremien vor Ort	
Als Neue im KK dessen Strukturen entdecken und vieles neu strukturieren zu müssen, da das Geld nicht reicht.	
Die Änderung der Planungszahlen durch die LK mitten im Prozess.	
Die Arbeit an den GS weckte in manchen Bereichen Hoffnungen auf Planungen um Ausstattungen, die die Notwendigkeiten der Stellenplanung stark konterkarierten.	
In der relativ kurzen Zeit niemanden im Planungsprozess zu übersehen und zum Schluss das Ganze so zu formulieren, dass alle sich darin richtig verstanden wiederfinden.	
erste Einführungsphase in das Thema	
Die Ergebnisse der Überlegungen der Vorbereitungsgruppen im KKT für die Beschlussfassung zu kommunizieren.	
Endredaktion, Konkordanz der beteiligten Fachausschüsse	
Die Entwicklung der GS als Grundlage der Finanzplanung.	
Die planerischen Möglichkeiten umzusetzen, Abwägungsprozesse zu verdeutlichen.	
Finanzsatzung	
Die Planungen und die dazu getroffenen Entscheidungen in den Gemeinden des KKs verständlich und akzeptieren zu kommunizieren = Stellenplanumsetzung	
Es war nicht einfach, das neue FAG in die jahrelang üblichen und allen Beteiligten (Gremien, Mitarbeitenden, ...) bekannten Planungsprozesse einzubinden, die neuen Regelungen und die sich daraus ergebenden notwendigen Veränderungen deutlich zu machen und umzusetzen.	
Die (erstmalige) Erstellung der GS.	
Die verantwortlichen Gremien (Ausschüsse) in den Prozess einzuarbeiten.	
Den KK (Mitglieder KKT + KV) in die Planung einzubinden (NICHT gelungen!)	
Den KKJD nach einer Infoveranstaltung zu den Grundstandards durch das Laju wieder in ein arbeitsökonomisches Maß einzufangen.	
Finanzsatzung	
unstrukturierte Grundstandards	
Daß die Umstellung auf das FAG im LKA noch nicht voll akzeptiert ist.	
Die zusammenfassende Darstellung und Abstimmung untereinander.	
Die Schwierigkeit und Uneinheitlichkeit der betriebswirtschaftlichen Abbildung der Planung (Planwerte, Realkosten, vermutete Kostenentwicklung, Tarifsteigerung etc.).	
Größe und Komplexität des Verbandes	
Die Beteiligung der Kirchengemeinden - dies ist aber relativ gut gelungen	
Die Synchronisierung von motivierenden Zielen und Kürzungen.	
Wünsche werden geweckt, können aber nicht realisiert werden.	
interne Abstimmungsprozesse im LKA	
inhaltliche Ausgestaltung des Rahmenplans	
Hohe Beteiligung der Anstellungsträger	
kein zielgerichtetes Denken	
der Umstellungsprozess in den Köpfen	
In unserem typischen Landkirchenkreis ist die Personaldecke im KKT und seinen Gremien so dünn, dass die guten Ansätze des FAG und die stärkere Eigenverantwortlichkeit des KK nicht so realisiert werden können, wie es wünschenswert wäre.	
Die lange krankheitsbedingte Abwesenheit des Superintendenten.	
Pro-Contra-Abwägung	
in Folge => Umsetzung	
Mitnahme der Betroffenen	
Sündenbocksuche	

Anlage 2

Was ist besonders gelungen (1.3.)	Anz.
hohe Akzeptanz der Planungsergebnisse, einzelne Darstellungen in den GS, besonders in der Konzeption im Bereich Jugendarbeit und Kirchenmusik	11
Beteiligung u. Vernetzung vieler Kräfte an inhaltlicher Planung (z.B. Planungskirchenkreistag), Einbeziehung aller Gremien, Einbindung der Gemeinden, Kommunikation mit Haupt- u. Ehrenamtlichen	8
Eine Zielpyramide mit inhaltlichen Schwerpunkten war im KT schon vorher besprochen und beschlossen worden. Insofern war das Nachdenken über Schwerpunkte nicht neu und wurde wegen der knappen Zeit und der vielen Baustellen (Zusammenlegung KKA etc.) auf möglichst kleiner Flamme gekocht.	
Konsensfindung	
Beratungsprozeß im Kirchenkreis	
Es war lohnend, die Vielzahl unserer Aktivitäten einmal zu bündeln.	
Bei der Zufinanzierung einzelner Pfarr- und Kirchenmusikerstellen mußte unverständlicherweise trotz vorhandener Konzepte auf die Unterstützung der LK verzichtet werden.	
Die Bildung von Regionen, die über die einzelne Gemeinde hinausreichen.	
Grundstandards, vgl. Aufnahme in "best practice"	
Durch die Zusammenlegungs-Bonifizierung der Zusammenschluss vieler kleiner Kirchengemeinden zu größeren Einheiten.	
Unser "Norder Modell" (Innovationsfonds zur Bonifizierung Stellen-erhaltender Maßnahmen in den Gemeinden) greift bereits positiv in 6 Fällen!	
Formulierung der Ziele und Diskussion;	
Es ist uns gelungen, unsere Ziele in Worte zu fassen und können jetzt jederzeit auf die Grundstandards zurückgreifen.	
Erreichen finanzieller Ziele	
Zuständige Gremien und verantwortliche ehrenamtliche und hauptamtliche MitarbeiterInnen haben sich bei der Erstellung der Grundstandards intensiv mit dem Ist-Zustand auseinandergesetzt, (nicht aber mit den Perspektiven).	
Die Festlegung von Zuweisungsbudgets für 4 Jahre für Sachausgaben, Bauausgaben und die Personalkosten für die Stellenplanung in den KK.	
Gremien haben sich inhaltlich mit ihrer Arbeit auseinandergesetzt - bezieht sich insbes. auf die Fachausschüsse.	
Es gab eine kleine Gruppe hochmotivierter Ehrenamtlicher, die sich intensiv in den Prozess eingebracht haben. Die formalen Ziele, d. h. der Zeitplan, wurde trotz mancher Widrigkeiten eingehalten.	
Schwerpunktsetzungen	
Begleitung der Landeskirche (Finanzplanung.de)	
Arbeit mit Perspektivausschuss als Bündelung der Finanz/Stellen/Bau und Diakonieausschüsse + KKV + Synode	
Die Finanzplanung für alle Gemeinden tragfähig zu gestalten.	
Die Beteiligung der Ausschüsse und die Qualität der Reflexion.	
Die Zusammenschau von Grundstandards und FAG konnte dadurch (die Beteiligung vieler) hergestellt werden.	
Bewusstsein für Veränderungsnotwendigkeit schärfen	
verlässliche Planung bis 2016, Sicherheit für alle Mitarbeiter	
das Nachdenken über künftige Schwerpunkte	
Die Konzeption selbst als Orientierung für die weitere Arbeit.	
Die Aufgabe eine Finanzsatzung zu entwickeln. Sie gibt umfassenden Überblick und Einblick, Transparenz!	
Die Arbeit des Finanzausschusses zur Erstellung der Finanzsatzung	
Viele Bereiche wurden sehr tiefgehend beleuchtet. Damit sind die Planungsziele für die nächsten Jahre klar geworden.	
Beteiligung wurde von den Ehrenamtlichen als Ernstnehmen und Wertschätzung erfahren.	
Die Fragebogenerhebung in den Gemeinden, die jeweils über den Ist-Stand und die Entwicklungs-Bedarfe (=> Grundstandards) Rechenschaft gibt, ist eine gute Arbeitsbasis.	
Bewährt hat sich eine Redaktionsgruppe aus ephoraler Ebene, Struktur- und Planungsausschuss und Finanzausschuss, die diskussions- und beschlussfähige Vorlagen liefern konnte.	
Stellenplanung im KK gut abgewickelt, unabhängig von Änderung der FAG	
was heißt "gelungen"? Wir haben unsere Pflicht getan und baden dies jetzt aus.	
Jetzt wird über Inhalte gesprochen, früher wurden nur Stellen oder Stellenanteile verteilt!	
Es gab wenig Möglichkeiten zur Gestaltung, da die Einsparungen so hoch waren. Es ist aber gelungen, sie verträglich umzusetzen.	
Planbare Strukturen im KK werden endlich aufgezeigt und wahrgenommen.	
der Prozessverlauf	

Anlagen zur Auswertung der Befragung zum FAG

Im Juni 2009 alles umgesetzt	
im Juni 2009 sind alle Kürzungen umgesetzt	
Menschen zum Mitplanen zu gewinnen, bei der Definition des GS sind aber einige abgesprungen.	
Die Beschreibung der spezifischen Standards für den KK Soltau.	
Das gegenseitige Vertrauen und die Offenheit, etwas Gutes für unseren KK hinzubekommen.	
Intensiver Diskussionsprozess	
Ein Konzept für die zukünftige Arbeit des KK erarbeitet zu haben, das auch in kommenden Planungszeiträumen noch tragfähige Grundlage sein kann.	
Personalplanung ohne Kündigungen auszusprechen	
Die Diskussion auf Sachebene zu führen.	
Einbeziehung Ausschüsse und Fachstellen im KK	
Die Vorstellungen ehrenamtlicher MitarbeiterInnen in die Planungen und Entscheidungen einfließen zu lassen.	
Prinzipiell das Nachdenken über einzelne Arbeitsbereiche	
Dass eine fast vollkommene Durchlässigkeit der Zuweisungsarten erreicht wurde.	
Finanzsatzung	
Handlungsfelder für den Planungszeitraum klar benannt	
Bildung einer Koordinationsgruppe	
Koordinierungsgruppe als Geleitesebene für Sup. & KKV neu	
Transparente Planung, effektive Behandlung in Gremien	
DieSup.stelle war während des Prozesses nicht besetzt und es hat trotzdem geklappt.	
Transparenz	
Die Konstruktivität, mit der jetzt auf der Grundlage dieser Planung ihre Umsetzung erfolgt. Der Planungsprozess hat die Bereitschaft und Fähigkeit zur übergemeindlichen Kooperation erheblich gesteigert.	
Konzeption und Ergebnis	

Anlage 3

Einführung weiterer Grundstandards (2.3)	Anz.
Gemeindegemeinschaft, Pfarramtlicher Dienst	8
Verkündigung	5
Konfirmandenunterricht, Kitas (Überschneidungen in anderen Bereichen)	5
Seelsorge (Notfallseelsorge), Urlaubsseelsorge, Militärseelsorge	8
Gottesdienst und geistl. Leben, Kasualien, Gottesdienstversorgung	6
Fort- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen	2
für Öffentlichkeitsarbeit	
Kommunikation: Erreichbarkeit + Nichterreichbarkeit von Pastoren und Einrichtungen	
nicht als Grundstandard, aber es fehlt eine gesamthaltliche Ausrichtung des Kirchenkreises (vgl. als Leitbild o. ä.)	
"Präambel", um die gemeinsamen Rahmenbedingungen aller Standards wahrzunehmen	
Gottesdienststörungen, die es auch Ehrenamtlichen ermöglichen, die Hauptamtlichen zu entlasten (neben Lektoren und Prädikanten)	
für die Arbeit der KG's im Sinne eines Qualitätsmanagements	
Mission und Evangelisation	
Unsere Standards sind zu binnenkirchlich. Wir sollten stärker bei den einzelnen Bereichen den Bezug auf missionarische Ansätze bzw. auf den Bereich außerhalb des engeren kirchlichen Bereichs legen.	
Interne und externe Kommunikation	
Interne Kommunikation (Adr.-Listen ehrenamtlicher Mitarb etc.) + extern Kommunikation (Öffentlichkeitsarbeit)	
für Umgang mit öffentlichen Einrichtungen	
Erweiterung von Teilaspekten bei den Grundstandards, z. B. (Visitation), Ehrenamt, Fundraising, Leitung des KK ist nicht nur auf den / die Sup. beschränkt.	
evtl. "Öffentlichkeitsauftrag" i. S. v. Aktenstück 98	
Gemeindediakonie	
für das pfarramtliche Handeln in gleichem Sinn	
Personalpflege	
Tourismus, wo er eine dominante Rolle spielt und landeskirchliche Aufgaben durch den KK finanziert werden.	
Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising	
Arbeit der Diakone und Diakonissen	
Bau- und Bauerhaltung	

Anlage 4

An welchen Punkten sollte das landeskirchliche Muster einer Finanzsatzung verbessert werden?	Anz.
Sie sollten für Laien verständlicher (Sprache) und im Ganzen übersichtlicher sein, mehr Transparenz, insgesamt vereinfacht	5
Die Finanzsatzung ist zu ausführlich und lässt wenig Spielraum. Sie muss erheblich kürzer werden, so dass die Wünsche der KK klarer ausgedrückt werden können.	3
Sollte entfallen.	
Alle Leitungs- und Fachstellen der Landeskirche sollten den inhaltlichen Austausch zwischen den KK intensiv fördern. Noch erfahren wir viel zu wenig von den guten Lösungen der anderen. Das würde auch der Gefahr der Unübersichtlichkeit begegnen. Die Verschiedenheit gleichwertiger Lösungen ist aber ein großer Schatz.	
Es fehlte eine klare, übersichtliche Struktur. Ab § 8 kein Muster - nur Hinweise.	
Die Anlagen 1 und 2 sollten entfallen.	
An der Schnittstelle KK-Gemeinde und dort, wo der KK Handlungsebene ist.	
Die Ehrenamtlichen sind vom FAG bisher nicht berücksichtigt.	
Es sollte eine völlige Überarbeitung auf Grundlage der dem LKA vorliegenden Finanzsatzungen kommen, die sowohl in der Struktur übersichtlicher ist, als auch inhaltlich bestimmte Aspekte (z. B. Widerruf/Rücknahme von Zuweisungen) beinhaltet. Vor einer Überarbeitung sollte aber auch hier zunächst ein gewisser Erfahrungszeitraum abgewartet werden, so dass man ein bis zwei Jahresabschlüsse abwarten sollte	
Das Muster erscheint mir umfassend. Einen Änderungs-/Verbesserungsbedarf sehe ich derzeit nicht.	
Stellenrahmenplan	
Zusammenfassende Ausgabenplanung	
Inhaltliche Umschreibungen durch Beispiele ersetzen/ergänzen	
Der zahlenmäßige Anhang war für viele Planungsbeteiligte kaum nachzuvollziehen. Es sollte darauf verzichtet werden und stattdessen auf verbindliche Tabellenmuster, die als Anlagen beizufügen sind, verwiesen werden.	
Es sollten zunächst Erfahrungen gesammelt werden.	
Refinanzierung von Verwaltungsstellen durch VKU ist den Kostenträgern ohne transparente Kosten-Leistungs-Rechnung kaum zu vermitteln. Hier reicht das antiquierte System der AE nicht mehr aus.	
An den Punkten "Sonstige Einnahmen und Erträge aus dotationsgebundenen Vermögen der Kirchengemeinden", "Sonstige Einnahmen".	
Mustersatzung zu ausführlich und für die Gremien teilweise unverständlich. Muster sollten kürzer werden.	
Die Einnahmen aus der Dotation Pfarre dürfen nicht verhandelbar sein im KKT. Sie MÜSSEN dem KK zur Finanzierung der Pfarrstellen zur Verfügung stehen!	
Stellenrahmenplan und Einnahmedarstellung sollten überarbeitet werden.	
Formulierung zu Verkaufserlösen	
Vku-Regelung für Fundraising in sich nicht stimmig	
Der Teil der Finanzsatzung, der sich mit dem Gebäudemanagement befasst, sollte im Muster ausführlicher "in Form gegossen" werden, so dass von allgemeinen politischen Aussagen zum Umgang mit dem Bestand bis zur Konkretion - was wird aus einzelnen Gebäuden? - das vollständige Programm abgebildet wird.	
Umgang mit Einnahmen aus Drittmitteln	
Wie beim Zahlenanhang müssten Tabellenanlagen als verbindlicher Teil der Satzung definiert werden.	

Anlage 5

Haben Sie vorschläge, wie der Verwaltungsaufwand verringert werden kann? (2.7.)	Anz.
durch noch mehr Kompetenzverlagerung auf die KK	2
Wir gehen nicht von einem erhöhten Verwaltungsaufwand aus	3
Vorprüfung der Stellenplanung und endgültige Beschlußfassung zusammenbringen	
Das Verfahren nach § 23 FAG ist u aufwendig und zeitintensiv.	
Straffung des Beschlussprozesses des KKT - nicht mehr erst Vorbeschluss, dann Rückmeldung LKA und dann erst endgültiger Beschluss	
Mehr Einbeziehungen in das FAG	
Alle Sonderkreisläufe sollten in das FAG integriert werden.	
Einbeziehung Ehe-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen, Fachstellen Sucht- und Suchtpräev. Sowie Krankenhausseelsorge in Zuweisungskriterien FAG	
Erlaubnis und Ermutigung, zwischen den KK zusammen zu arbeiten und voneinander zu lernen und zu kopieren. (s.o.)	
Arbeitshilfen festschreiben	
Bem.: Der Aufwand in der Verwaltung wird in erster Linie durch den Beratungsbedarf der Gremien bestimmt und der verringert sich nicht, sondern steigt durch die erhöhte Eigenständigkeit und damit verbundenen Eigenverantwortlichkeit der Gremien.	
Das LKA sollte für alle Mitarbeitergruppen -auch im pauschalierten Bereich- Durchschnittsbeträge empfehlen, die sowohl für die Stellenplanung als auch für die Haushaltsplanung übereinstimmen. Abweichungen zu der Mitarbeiterhochrechnung bei der Haushaltsplanung sollten in einer Summe bei den Haushaltsstellen Zuführung zur Personalgarantierrücklage und Entnahme aus der Personalgarantierrücklage veranschlagt werden.	
Im Moment sehe ich davon ab, Vorschläge zu machen. Das liegt auch daran, dass noch kein komplettes Jahr nach dem neuen FAG abgewickelt wurde, deshalb auch keine verlässliche Angaben über den jetzt entstehenden Aufwand bei der Festsetzung der Gesamtzuweisung gemacht werden können. Darüber hinaus kann der zusätzliche Aufwand für das Berichtswesen noch nicht beurteilt werden, da die Anforderungen hieran nicht klar sind.	
weniger Vorschriften	
Transfer des Nötigen und sichern der Wirkung gemessen an den Problemen, die KG's und KK's wirklich bewegen!	
Die Ehrenamtlichen brauchen bei ihrem Einsatz die Unterstützung der Verwaltung, eine Sparmöglichkeit sehe ich nicht!!!	
Klare landeskirchliche Strukturvorgaben, Reduktion auf unbedingt Erforderliches	
Ausbau eines funktionsfähigen Intranets	
Die Festschreibung bzw. die Empfehlung von Durchschnitts-Brutto-Personalkosten für best. Mitarbeiterstellen (nicht nur für Pfarrstellen) würde aus meiner Sicht eine große Vereinfachung darstellen. Bei einer Festschreibung müsste jedoch auch gleichzeitig eine Regelung bedacht werden, wer bei höheren Personalaufwendungen als die festgelegten Durchschnitts-Brutto-Personalkosten ausgleichspflichtig wird.	
Einarbeitung sämtlicher noch bestehender Einzelzuweisungen (z. B. Suchtberatung, Krankenhausseelsorge etc.) in die Gesamtzuweisung. Wegfall von Genehmigungsvorbehalten im Tarifrecht (Stufenzuordnung).	
Standardisierte Verfahren bei den GS	
Genehmigungen bei Eigenfinanzierung (Personalbereich - LKA) kann entfallen.	
Veränderung / Vereinfachung von Abläufen	
NICHT durch Verlagerung von oben nach unten	
Konzepte für GS dürften jeweils nicht länger als 2-3 Seiten sein.	
Grundstücksverwaltung: Einfacheres Genehmigungsverfahren	
ist ausgereizt	
Aufgabe des gestuften Genehmigungsverfahrens	
Durch Zusammenschlüsse von KG's zu größeren Verwaltungseinheiten.	
Best-Practice-Beispiele	
Es gibt Probleme, die ein KK nicht direkt mit den KG's klären kann, z. B. Pfarrhaus-Regulierungs-Management.	

Anlage 6

Haben Sie weitere Vorschläge zur Fortentwicklung des Finanzausgleichsrecht? (2.8.)	Anz.
Abschaffung oder Reduzierung des Kirchengemeindefaktors	3
Höhere Gewichtung der Zahl der Gemeindeglieder (mehr als 70%)	5
Budgetierung der KK einschließlich Pfarrbesoldung ohne Vakanzabschlag	3
Einbeziehung von Sonderkreisläufen in das allgemeine Planungsvolumen	2
Eine Bitte: KEINE Auflösung der Einzelzuweisungen für diak. Einrichtungen - das verursacht enorme Zusatzaufwendungen	
Beibehaltung der Einzelzuweisungen für Ehe- und Lebensberatungsstelle und Suchtberatungsstelle	
Aufhebung der Regelung zur Kürzung der Zuschüsse im diak. Bereich.	
Der große Anteil der landeskirchlichen Finanzmittel, die weiterhin zentral verwaltet werden, muss mit vergleichbarer Transparenz und Zielorientierung behandelt werden. Was sind z. B. die Grundstandards der landeskirchlichen Öffentlichkeitsarbeit? Was sind die Ziele? Der hohe Anspruch an die KK-Konzepte muss auch auf den anderen Ebenen gelebt werden. Mit welchem Ziel werden welche Mittel eingesetzt? Welche Effekte werden tatsächlich erreicht?	
Die bisherige "Ausnahmeregelung" zur Bezuschussung der KK "mit Inseln" muss unbedingt verstetigt werden - denn diese Ausnahmesituation bleibt erhalten!!!	
Einbeziehung der Urlaubearbeit in der Küstenregion einschl. Inseln, um die gesamtkirchliche Aufgabe langfristig weiterfinanzieren zu können.	
Im Hinblick auf die Doppik sollte die LK die KK mit ausreichenden Finanzmitteln für Abschreibungen und Bauunterhaltungsrücklagen Kirchen (liquide Mittel) ausstatten.	
Der Stichtag für die gemäß § 4 Abs 1 FAVO maßgeblichen Ausgangsdaten sollte 24 Monate vor Beginn des Planungszeitraumes liegen, um den zeitlichen Druck für die Planungen auf KK-Ebene zu reduzieren. Die Effektivität zur Verfügung stehende Zeit für die Arbeit der Gremien ist dann auch weniger von den Sommerferien-Terminen abhängig.	
Überprüfung des Oberzentrumszuschlags im Hinblick auf eine Erhöhung	
Der KK sollte die verfügbaren Haushaltsmittel unabhängig vom LKA verplanen dürfen, einzige Ausnahme: Pfarrstellen.	
Es sind längst noch nicht alle neuen Möglichkeiten erkannt, das braucht Zeit und Erfahrung.	
Es gibt eine Grenze der Belastbarkeit der KK mit zusätzlichen Aufgaben.	
der Süden kann das Kirchenbild der LK nicht mehr umsetzen	
Entsprechende Gesetzesänderungen zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und Entscheidungswegen.	
Veranstaltungen wie in Loccum zum FAG sind wertvoll, zumal gut vorbereitet. Die Kosten werden durch Synergien aufgewogen.	
Die Gesamtverantwortung der Oberzentren für Beratungsangebote (z. B. Ehe-/Lebensberatung) muss auch in die Fläche getragen werden.	
Einbeziehung aller Sonderkreisläufe in das FAG	
Zahl der Gemeinden (Predigtstätten) stärker berücksichtigen	
Ist Sache der Amtsleitungen!	
Reduzierung der Gewichtung des Gemeindegliederanteils bei der Zuweisung	
Wir brauchen im Süden mehr Zeit. Den weiteren Veränderungsprozessen und ihren Auswirkungen kommen die Kirchenmitglieder nur noch schwer mit.	
Einbeziehung aller Verwaltungskosten (auch LKA) in eine Vollkostenrechnung: Würde dem Argument vorbeugen, dass bei den KK "zu wenig ankommt"	
Vereinfachung des Haushalts- und Kassenrechtes (siehe Kommunen)	
Es sollte erst einmal die Bewährung in der Praxis abgewartet werden.	
VKU auf Friedhöfe = problematisch!	
Die Freigabe von Grundstücksverkaufserlösen sollte auf die KK verlagert werden.	
Einheitliche Vorgaben für Bemessung Arbeitsumfang in den Verwaltungsstellen	
Mieteinnahmen Pfarrhäuser sollten bei den KG'n bzw. KKR verbleiben	
Finanzierung der Beratungsstelle	
Abschaffung des Zuschlages für Sakralgebäude sowie des Zuschlages für Mittel- und Oberzentrum	
Berücksichtigung Krankenhausseelsorge (darf nicht ins Finanzausgleichsrecht)	
Einheitliche Vorgaben für die Verwaltungsstellen: Pflicht- und Küraufgaben sind zu benennen sowie Einführung eines überarbeiteten Arbeitseinheitensystems	

Anlage 7

Möchten Sie noch Ergänzungen oder Anmerkungen anfügen? (4.)	Anz.
Planungsinstrumente für weiterreichende Perspektiven entwickeln bzw. für künftige Entwicklungen (EKA-Papier Kirche 2030)	2
Sonderregelung für Urlauberseelsorge muss auch ab dem Jahr 2013 Bestand haben! (13 Mio. Übernachtungen bzw. 1,7 Mio. Gäste, Tendenz steigend für "Inseln und Küste" lt. IHK für 2006)	2
finanzielle Absicherung der Urlaubsbearbeit durch die LK, kann ein einzelner KK nicht leisten	4
Fragestellung ist teilweise suggestiv, KK hatten auch vorher Ziele	6
positiv ist die Richtung mehr Freiraum und Verantwortung für KK	2
Warum ist der Fragebogen zum Ausfüllen am PC nicht als Formular angelegt, das würde die Arbeit deutlich vereinfachen!	
wie unter 8. Aufhebung der Regelung für die Ehe- und Lebensberatungsstellen und Suchtberatungsstellen und die Mittel über alle KK zu verteilen	
zu 1.4 (Zufriedenheit Planungsprozeß): wegen des Zeitdrucks; zu6.: Antworten entfallen: Bin erst mit Beginn der lfd. Periode KKT-Mitglied	
Als Grundlage einer sachgerechten Personal- und Sachkostenzuweisung für die KKA sollten die bis 2008 geltenden AE oder ein ähnliches Modell wieder eingeführt werden.	
Ich bin erst zum April 2008 in das Amt gewählt worden. Somit kann ich nicht zu jedem Punkt Stellung nehmen.	
Die Handhabung der regionalen Zuschläge wird in unserem kleinen KK Stolzenau-Loccum nach wie vor als nicht gerecht empfunden. Wer keinen Mittelzentrums-Zuschlag erhält, hat kaum finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten.	
Der gleichermaßen anspruchsvolle und inhaltlich reizvolle Planungsprozess für die KK wirft auch Fragen an die LK auf: Gibt es auch Ziele über den Tag hinaus? Wer wird an der Formulierung solcher Ziele beteiligt? Wie werden hier Transparenz, Partizipation und breite Akzeptanz organisiert? Welche Handlungskonzepte ergeben sich aus den Zielen? Wie werden sie umgesetzt und ausgewertet? etc. Das berühmte AS 98 ist in dieser Hinsicht allenfalls ein Anfang.	
Für die weitere Finanz- und Stellenplanung, ab 2013, muss das regionale Schwerpunktthema "Urlauberseelsorge" unbedingt Berücksichtigung finden.	
zu 1.1 Satz2: Über die Ziele der Arbeit wird verschiedentlich nachgedacht: Visitation, Stellenplanung, Dienstbeschreibungen, Stellenbe- und ausschreibungen. Der vorgegebene Satz unterstellt anderes.	
Die Umsetzung der Stellenplanung und der FAG erforderte viel Kraft, die in anderen Bereichen fehlte, z. B. Einführung der Jahresgespräche, Entwicklung von Strukturen ehrenamtlicher Arbeit.	
Die KK-Ämter Aurich und Wittmund haben zum 01.01.2009 fusioniert. Der Prozess im KK Harlingerland wurde bis zum 31.12.2008 von der kommissarischen Amtsleiterin begleitet, die ab 01.01.2009 stv. Amtsleiterin des fusionierten Amtes ist.	
Bemerkungen zu den Grundstandards: - Funktion, Form und Gewichtung war nicht deutlich. - Erstellung der Grundstandards wurde in den überwiegenden Fällen als Lobbyarbeit verstanden (teilweise auch von den begleitenden Hauptamtlichen): - Hoher persönlicher und zeitlicher Einsatz aller Beteiligten, oft verbunden mit der zum damaligen Zeitpunkt des Planungsprozesses nur schwer zu beantwortenden Frage wofür? und wie wird damit Sietens der LK und des KK umgegangen?	
Angesichts der Tatsache, dass viele Bausteine des neuen Finanzausgleichs noch nicht fertig sind, kommt die Fragebogenaktion sehr früh.	
Weniger wäre manchmal mehr. Vielleicht lernt auch die LK bald, dass Beschlüsse durchzusetzen und nicht mehr zu diktieren sind. Wer aus der Wirtschaft kommt findet die "Scheindemokratie" manchmal abstoßend.	
Beratung durch Dr. Mainusch ist sehr hilfreich und weiterführend	
zu III. 4.: Kann ich nicht beurteilen, da die inhaltliche Unterstützung durch das KKA erfolgte und Sup. Hans-Peter Daub den Prozess intensiv gestaltete und fördernd begleitet hat.	
Der Druck auf die Kirchenvorstände, Überlastung und zu viel gleichzeitig führt bei diesen zunehmend zu Ärgerlichkeit.	
Als KKT-Vorsitzende waren Leitungsrunde des KK und das KKA und besonders sein Leiter, Herr Wydora, eine große Hilfe. Wir werden auch in den Folgeprozessen soweit wie möglich eine breite Basis bei den Entscheidungsfindungen herzustellen bemüht sein. Für solche Prozesse benötigen wir Zeit, es wäre daher schön, wenn es nicht wieder so hektisch zugehen müsste.	
Der Bogen ist ja nicht anonym?!	
Das FAG wird den unterschiedlichen Bedarfen und Strukturen der KK nur teilweise gerecht.	
Dank für umfassende Vorarbeit.	

Es wird schwierig, Ziele, die auch in die Ortsebenen der KG's hineinführen, zu erreichen, wenn die Umsetzung einer Mithilfe durch die Kirchenvorstände, die gemeindlichen Mitarbeitenden und/oder durch die Pfarrämter bedürfen. Nicht selten fühlen sich die Kirchenvorstände, die Mitarbeitenden oder auch die Pfarrämter diesen KK-Zielen ggü. nicht verpflichtet. Im Wesentlichen steht dem KK-Tag, dem KK-Vorstand oder dem Sup. hier nur das Instrument des Appells zur Verfügung.	
Bamsche war bis zum 31.12.2008 Erprobungskirchenkreis für die Gesamtbudgetierung. Insofern waren einige Möglichkeiten die das FAG den KK eröffnet, dem KK Bramsche bereits im Vorfeld gegeben. Deshalb fällt die Beurteilung der Eigenverantwortlichkeit und neuer gestalterischer Freiheit evtl. etwas zurückhaltender aus.	
Wenn Ehrenamtliche stärker (hier: Auswertung) einbezogen werden sollen, müsste das in der Terminplanung berücksichtigt werden. Die späte Rückmeldung hat den Hintergrund, dass 1 Sitzung zur Beratung abgewartet werden sollte. Grundsätzlich freuen wir uns über den Bewertungsprozess.	
Wünsche mir mehr vorauslaufende Mitbeteiligung der KK-Ebene.	
Stärkere Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten im Planungsprozess (Besonderheit in Südniedersachsen).	
Unterstützung durch das KKA war hilfreich und wertvoll.	
Gewichtung des Gemeindegliederanteils sollte reduziert werden!	
Wir müssen noch lernen als Verband gemeinsam die nicht gemeindegebundenen Dienste zu planen, wenn diese nicht in der Trägerschaft des Verbandes sind!	
Dieser Fragebogen muss optimiert werden, manche Fragen lassen sich nicht beantworten (so z. B. II.6.)	
Fragestellungen sind z. T. unklar	
Ich denke im Süden der LK entsteht zunehmend eine neue Situation von Kirche. Das ist nicht zu verhindern und wird zunehmend die Situation der ganzen LK prägen. Hier wünsche ich mir einen verstärkten Diskussionsprozess, um die Zukunft bewusst zu gestalten.	
Initiierung eines Planungsprozesses, in dem sich die KG's "austauschen" über Stellenplanungsprozesse	
Wir hoffen, dass der nächste Planungsprozess vor allem zeitlich weniger aufwändig gestaltet werden kann.	
Beantwortung der Ziffern II. 4 bis 9 unter Berücksichtigung der Voten des Sachgebietsleiters "Finanzen".	
Das in diesem Fragebogen behandelte Thema wurde in unserem KK in versch. Ausschüssen behandelt, die entsprechend von ihren Vorlagen profitiert haben oder mit evtl. Ungenauigkeiten bzw. Zeitproblemen fertig werden mussten. Daher kann ich zu den meisten Fragen keine qualifizierte Einschätzung abgeben.	
Die räumlichen Strukturen MÜSSEN berücksichtigt werden. Es ist doch nicht gleich, ob meine 3.000 Schäfchen in 7 Hochhäusern zusammen sitzen oder ob sie über 14.000 Hektar verstreut in 3 Gemeinden leben und von einer 3/4 Stelle betreut werden sollen! So kann Kirche nicht funktionieren!	
Wird das Ergebnis dieser Umfrage transparent für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen gemacht?	
Die Superintendentin hat zum 01.03.2009 die Stelle gewechselt. Die Stellungnahme gibt die Sicht des KKV wieder.	
Die Mittel für Beratungsstellen künftig in den allgemeinen FA zu geben und gleichmäßig zu verteilen, war eine ganz schlechte Idee!	
Die perspektivische Arbeit im Hinblick auf die kommende Sparrunde wird unsere bestehenden Strukturen in Frage stellen. Eine größtmögliche Offenheit und Unterstützungsbereitschaft des LKAs ggü. Bestrebungen der KK, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, wäre aus meiner Sicht vorteilhaft.	
Die LK hätte sich aktiver in die Beratungen einmischen sollen, Zusammenkünfte organisieren sollen.	
längere Zeiträume für Stellenrahmenplanung	
Der Rahmenstellenplan (Muster) sollte in Abstimmung mit dem Fachausschuss KKA verbessert werden.	
zu 3 (weitere Grundstandards): - Seelsorge (u. a. Notfallseelsorge, Sterbebegleitung); - Ehrenamtlichenkultur; - Feedbackkultur	
Stärkung der K in ihrer Selbständigkeit durch das Zutrauen eigenständigen verantwortlichen Planens. Bescheide haben eine andere Wirkung als Beratung.	
Die Bezuschussung der KK "mit Inseln" (im Umfang 1 Pfarrstelle pro Insel) muss unbedingt über den jetzigen Planungszeitraum hinaus Bestand haben! Inseln lassen sich nicht "regionalisieren"!	
Durch das Wegfallen der Arbeitseinheiten für die Ämter gibt es keine objektiv vergleichbaren Kriterien mehr für die Ämterausstattung. Die Finanzausstattung liegt ausschließlich in der Hand der KK. Dieses wird mit Sorge betrachtet.	

Durch die veröffentlichten Beispiele der Grundstandards ist die Messlatte für die eigenen Überlegungen nach Auffassung verschiedener Akteure im KK sehr hoch gelegt worden.	
Es ist sehr zu begrüßen, dass die LK mit dem FAG auf einen Prozess reagiert hat, der schon längst in den KK begonnen hatte.	
Viele meiner Rückmeldungen halten sich im "vagen" Bereich. Das hat zwei Gründe: a) Der Zeitpunkt für tragfähige Aussagen nach nur einem Durchlauf ist zu früh für aussagekräftige Voten; b) mir fehlt die Vergleichsmöglichkeit aufgrund meines "Berufsstarts" als Sup. im Jahr 2007	
Die Selbständigkeit der KK ist zu unterstützen und nicht, wie im Bereich Kinder- und Jugendarbeit oder Kirchenmusik durch die Beratung des LKA für die Grundstandards geschehen, zu unterminieren.	
Aus den guten Erfahrungen hier vor Ort erscheint es mir wichtig die Planungskompetenzen und die Moderationsfähigkeiten der Leitungspersonen im KK und den Kirchengemeinden (Haupt- und Ehrenamtliche) zu schulen und fortzubilden. Auch in der Ausbildung der TheologInnen sollten diese Elemente weitergegeben werden.	
Viele KG's sind in einer so desolante finanziellen Situation, dass sie Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten gar nicht nutzen können. Dann wird der KK schnell zu einem bewegungslosen Versager und verliert selbst die Spielräume. Um dies abzuwenden hätte der KK nun die Möglichkeiten. Diese wären aber schwerwiegende, verletzende und aggressive Eingriffe z. B. Eigentumswechsel der Pfarrhäuser, um Stellenbesetzungen überhaupt noch einleiten zu können...	
Wir wissen, dass wir umstrukturieren müssen. Dafür brauchen wir Ehrlichkeit, geistliche Begleitung d. Pastoren. Trauerarbeit für Ehrenamtliche.	
Die hiermit angestellte Evaluation halte ich für prozessgerecht - das sollte auch in KK's öfter praktiziert werden.	
Kann dieser umfangreiche Fragebogen überhaupt mit vertretbarem Aufwand ausgewertet werden?	
Die veränderte Finanzverteilung führt in Südniedersachsen zu einer Aufgabe des flächendeckenden Netzes unserer Kirche!	
FAG-Regelungen sind zu begrüßen, da von unserem KK bisher immer eine größere Flexibilität gefordert wurde.	
Die Personalausstattung im LKA war für die Umsetzung des neuen Rechts in einzelnen Bereichen nicht ausreichend.	
Ämterfusionen: Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Synode VOR den Aussagen in Aktenstück 98 mit der Frage befasst hätte, ob und in welcher Höhe Einsparungen durch Ämterfusionen erzielbar sind.	
Es wäre sicherlich interessant, eine gemäß den unterschiedlichen Adressaten gegliederte Gesamtschau der Fragebögen zu erhalten. Das wäre insbesondere für die nähere Bestimmung des Fortbildungsbedarfs der Ehrenamtlichen hilfreich.	
Die Geduld und die Unterstützung von Frau Willudda ist besonders hervorzuheben.	
Am Ende sorgt der Herr für seine Kirche.	
Zu diesen politisch gewollten Veränderungen muss die Kirchenleitung auch stehen und deutlich machen, dass hier ein Prozess läuft, der in eigen Jahren in jedem Fall auch andere Teile unserer Landeskirche erreichen wird.	
Beantwortung der Frage erfolgte aus Sicht eines "nicht" budgetierten KKs. Der KK Celle hatte durch Budgetierung bereits größere Möglichkeiten zur Flexibilität.	
Fortbildungsbedarf in Fragen der Stellenplanung sollte nicht nur von der Frage Hauptamt-Ehrenamt abhängig gemacht werden. Mir erscheint es sinnvoll, Fortbildungen thematisch, d. h. orientiert an Ausschussmitgliedschaften, anzubieten. Das böte auch die Chance, die Sicht von Ehren- und Hauptamtlichen themenbezogen zusammenzuführen.	